

Von: claudia.roth@bundestag.de

Betreff: Re: Was passiert nach der Wahl? Karten auf den Tisch!

Datum: 24. September 2009 15:34:28 GMT+01:00

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihre Mail und für das Interesse. Bündnis 90/Die Grünen haben sich angesichts der drei großen globalen Krisen unserer Zeit, der Klimakrise, der weltweiten Hungerkrise, der Wirtschafts- und Finanzkrise, klar und deutlich positioniert. Die Wirtschaftskrise bedroht Millionen Existenzen. Der Klimawandel beschleunigt sich dramatisch. Die sozialen Spaltungen und Gegensätze werden immer tiefer. Armut breitet sich aus. Hunger bedroht große Teile der Welt. Auf diese wichtigen Fragen der Zeit haben wir im unserem Bundestagswahlprogramm glaubwürdige und fundierte Antworten gegeben. Mehr dazu erfahren Sie hier:

[www.gruene.de/einzelansicht/artikel/unser-wahlprogramm.html](http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/unser-wahlprogramm.html)

Zu Ihren Forderungen in dieser Mail möchte ich gerne Stellung nehmen:

**- Eine einmalige Vermögensabgabe für Vermögen über 500.000 €**

Wir halten es ebenfalls für richtig, zur Bewältigung dieser historischen Krise starke Schultern auch stärker in die Verantwortung zu nehmen. Deshalb wollen wir eine einmalige und zeitlich befristete Vermögensabgabe nach Artikel 106 des Grundgesetzes einführen, mit der zweckgebunden die Kosten zur Bewältigung der Krise getilgt werden sollen. Diese steht allein dem Bund zu und wurde eigens zur Finanzierung außergewöhnlicher Belastungen ins Grundgesetz aufgenommen.

**- Eine solidarische Einfachsteuer, die Reiche, Superreiche und wirtschaftlich stabile Unternehmen stärker in die Pflicht nimmt**

Wir wollen in der Steuerpolitik, dass künftig starke Schultern mehr tragen und schwache Schultern entlastet werden. Dafür wollen wir bei der Einkommensteuer den Grundfreibetrag auf 8.500 Euro anheben und dadurch vor allem kleine Einkommen entlasten. Gleichzeitig wollen wir den Spitzensteuersatz durch lineare Verlängerung auf 45 Prozent ansteigen lassen, damit belasten wir Spitzenverdiener.

**- Die konsequente Austrocknung von Steueroasen**

Wir wollen ebenfalls, dass Steueroasen konsequent ausgetrocknet werden und die Spielhölle der Finanzjongleure geschlossen wird. Den Steueroasen sagen wir den Kampf an. Deutschland muss die treibende Kraft für ein gemeinsames europäisches Vorgehen gegen Steueroasen werden. Wir wollen darüber hinausgehend einen automatischen Informationsaustausch über Kapitaleinkünfte. Damit stellen wir sicher, dass der internationale Finanzmarkt, nicht mehr zur Steuerhinterziehung missbraucht werden kann. Auf Steueroasen, die sich dieser internationalen Kooperation widersetzen, muss gegebenenfalls durch Beschränkungen des Geschäftsverkehrs Druck ausgeübt werden. Es waren vor allem Union und FDP, die unsere Vorstöße zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht im Bundestag immer wieder abgelehnt haben.

**- Eine Schrumpfung und demokratische Kontrolle der Finanzmärkte. Dazu gehört ein**

## **Verbot von gefährlichen Finanzinstrumenten sowie von Zweckgesellschaften, Hedge Fonds und Private Equity Gesellschaften**

Wir stimmen zu: Manche Finanzprodukte gehören ganz einfach verboten, weil sie für die AnlegerInnen nichts bringen und nur den Profit der Finanzbranche vermehren. Hedgefonds und Private Equity können wichtige Aufgaben erfüllen, wenn sie besser reguliert sind als jetzt. Hedgefonds sind auch bei der Absicherung zukünftiger Geschäfte tätig – sinnvoll beispielsweise für Bauern, die mit einem Preis für die nächste Ernte kalkulieren müssen. Klar ist: Solche Finanzinstitute müssen an die ganz enge Leine einer staatlichen Aufsicht. Dafür stehen wir Grüne.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Roth

### ***Kommentar von Detlev von Larcher, Mitglied des Attac-Koordinierungskreises:***

*45% Spitzensteuersatz reicht nicht. Dass Frau Roth ihn nicht höher haben will, hängt sicher mit den Steuersenkungen für hohe Einkommen unter Rot/Grün zusammen.*

*Steueroasen bekämpfen, das hätte man machen können, als man mit der SPD die Mehrheit hatte. Von den grünen FinanzpolitikerInnen gab es in der Richtung keine Initiativen.*

*Für eine enge Leine einer staatlichen Aufsicht stehen die Grünen jetzt. In ihrer Regierungszeit haben sie mit dereguliert und steuerliche Begünstigungen für Hedgefonds und Private Equity Firmen unterstützt. Auch PPP empfahlen sie getreu der auch von ihnen übernommenen neoliberalen Ideologie als gute Lösung für die Finanznot der Kommunen. Die Grünen haben auch Hartz IV und die „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarkts aktiv unterstützt, eine Vermögensteuer explizit abgelehnt. Ihre Lösung für die Reichen war die Reform des Stiftungsrechts – Bürgerkinder eben.*

*Erst in der Opposition und in der Krise empfehlen sie eine andere Richtung, aber wie bei der SPD ohne von der alten selbstkritisch abzurücken.*